

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1901

539 (17.11.1901) Morgenblatt

Ausgabe:
Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementpreis:
vierteljährlich:
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 80 Pf.,
in das Haus gebracht: 3 Mark,
durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 80 Pf.
Vorauszahlung.
Sprechstunde der Redaktion
8-4 Uhr
Telephonanschluß Nr. 401.

Badische Landeszeitung

mit Badischem Museum, Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigengebühr.
Die einseitige Kolonellehre
oder deren Raum 1. Pf.
für auswärtige Inserate
20 Pf., Bekanntheits 60 Pf.
Inseratenannahme
in der Anzeigen-Expedition
der „Badischen Landeszeitung“, Karlsruhe
i. B., Dirschstraße 9,
sowie in allen Bureau der
Annoncen-Expedition, in
Rudolf Wosse.

Nr. 539.

Karlsruhe, Sonntag, 17. November 1901.

Morgenblatt *

Rückblick.

Der Sieg über die Partei des Umsturzes, so kommentiert die Gerichte von einer Wendung der badischen Kirchenpolitik ein Mitarbeiter der „Germania“, „wurde bei der Regierung so angenehm empfunden, daß man glaubte, den Katholiken, auf deren Mitwirkung er zurückzuführen sei, ihre, auf Erhaltung der christlichen Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Wünsche, zu denen vorzüglich jene auf Zulassung von Klöstern gehören, nicht mehr länger verweigern zu dürfen.“ Besser kann man die Tatsache nicht illustrieren, daß für die badische Regierung gar kein, auch nicht der geringste Anlaß vorliegt, ihre ganze Vergangenheit jetzt mit einem Male zu kompromittieren. Um der Erhaltung der christlichen Staats- und Gesellschaftsordnung zu dienen, braucht Baden das Mittelalter jetzt, zu Beginn des 20. Jahrhunderts, nicht auflösen zu lassen. Unser Ministerium sträubt sich, so hören wir immer wieder, gegen die Einführung des schrankenlosen direkten Wahlrechts vornehmlich aus dem Grunde, damit Baden nicht der erste deutsche Bundesstaat sei, der ein solches Wahlrecht hat. Wollte sie auf der anderen Seite jetzt die Männerklöster genehmigen, so könnte sich das aus der Angst erklären, mit diesem Schritte der letzte deutsche Staat zu sein. Wir geben es allen modernen Empfindenden anheim, zu entscheiden, ob nicht die umgekehrte Stellung die empfehlenswertere ist. Mit der Einführung des direkten Wahlrechts den deutschen Bundesstaaten ein gutes Beispiel geben, mit der Einführung von Männerklöstern selbst auf die Gefahr hin, der Letzte zu sein, noch lange warten, — eine solche Haltung würde den Gesinnungen entsprechen, mit denen vor vierzig Jahren die liberale Politik Badens inaugurirt worden ist, eine Politik, die zugleich die Grundlage der grenzenlosen Volkstümlichkeit ist, deren sich Krone und Regierung Badens, im Lande wie im Reiche, bis auf den heutigen Tag erfreuen. Was in aller Welt ist denn vor sich gegangen, daß die badische Regierung nicht mehr den Mut haben sollte, in Süddeutschland eine Ausnahmestellung einzunehmen. Wie kann man glauben, im Reiche die beneidenswerte Stellung zu behaupten, wenn man sich nicht mehr zutraut, ohne Zugeständnisse an Elemente, die man unendlich als staatsfördernd ansehen kann, seinen Weg zu gehen. Wie kann man sich den Wahne hingeben, durch Nachgiebigkeit gegen die ersten Forderungen des Centrums etwas anderes zu erreichen, als neue, ungemessene Forderungen? Zumal in der Ordensfrage ist ja bekannt, daß die erste Etappe der Centrumpartei erst bei der Forderung liegt, daß die Niederlassung von Männerklöstern gesetzlich freigestellt, eine Genehmigung durch die Regierung nicht erforderlich sein soll.

Nachgiebigkeit der badischen Regierung in kirchenpolitischen Fragen wäre nur dann verständlich, wenn sie von der Anschauung ausgeht, daß die Fragen dieser Art heutzutage nicht mehr die gleiche Wichtigkeit besitzen, wie etwa in den sechziger Jahren. Bildet sich bei den Regierungen eine solche unseres Erachtens falsche Ansicht — Symptome dafür zeigen sich gelegentlich auch auf dem Gebiete der Reichspolitik, — so hat daran nicht geringen Anteil die Rücksichtslosigkeit, mit welcher in unseren Tagen die wirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund gerückt werden. Haben wir doch erst letzten gesehen, wie man sogar versucht, im Auslande gegen die deutsche Wirtschaftspolitik mobil zu machen. Und doch handelt es sich beim Zolltarif um eine Angelegenheit, in der wir gerade dem Auslande gegenüberzutreten müssen. Der Ausgleich der Interessen muß ausschließlich im Innern gefunden werden. Auch im Bundesrat, der den Entwurf mit einigen Änderungen endgültig angenommen hat, ist die Einigkeit nicht von vornherein dagewesen. Es war nicht anders zu erwarten, als daß die Hansestädte dem feinen Vorgänger gegenüber hochschuldenmäßig gefährdeten Widerstand leisten würden. Trotzdem aber ist ohne Störungen ein Beschluß zu Stande gekommen, auf dem seit Jahrzehnten für Meinungsverschiedenheiten üblichen Wege der Abstimmung. Sehr gut hat, wenn auch in anderem Zusammenhang, Graf Crailsheim im Bayerischen Landtag darauf hingewiesen, daß man sich im Bundesrat nicht freier, sondern Meinungsverschiedenheiten auf dem Wege des Ausgleiches überwindet. Der Reichstag könnte, ohne daß oberflächlich gearbeitet zu werden braucht, die in den Interessengegenständen dem Zustandekommen des Zolltarifs drohenden Gefahren ebenso leicht überwinden. Aber selbst ein so besonnenes Blatt wie die „Nationalzeitung“ sucht vor diesen Reichstagsverhandlungen den Schaden zu verbreiten, indem sie schreibt: „Niemand kann bezweifeln, daß seitens der Sozialdemokratie das Interesse der Mehrheit des Volkes, die nicht aus großen und kleinen landwirtschaftlichen Grundbesitzern besteht, mit ganzer Rücksichtslosigkeit vom Reichstage aus aufgerufen werden wird. Erst jetzt wird Demagogie gegen Demagogie, die sozialdemokratische gegen die agrarische,

wirklich ins Feld rücken. Und von anderen Gruppen der Rinken werden Volksreife, die für die besondern sozialdemokratischen Argumente nicht zugänglich sind, vom Reichstage aus ebenfalls für den Widerstand gegen das Agrarierturn mobil gemacht werden. Für jeden Politiker, der das Gesamtinteresse von Reich und Staat im Auge behält, muß die Gewißheit, daß wir vor der tiefsten Auflösung der Bevölkerung durch zwei Extreme stehen, der Gegenstand schwerer Besorgnis sein; aber die Tatsache ist unbestreitbar, und die Schuld trifft die Parteien der Rechte und der Mitte gemeinsam mit den Regierungen; denn was jetzt bevorsteht, ist die Folge einer beständigen Nachgiebigkeit gegen Forderungen, die man von vornherein als ihrem Wesen nach grenzenlos erkennen mußte.“ Wir haben nach wie vor das Vertrauen, daß gerade die Mittelparteien, zumal die Nationalliberalen, ihre Aufgabe, dem Reichstangler die Durchführung einer dem Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen dienenden Politik Rückhalt zu geben, in vollstem Umfange werden gerecht werden.

Je mehr die demagogische Uebertreibung die wirtschaftlichen Gegensätze verschärft, umso erfreulicher sind die Kundgebungen idealer und nationaler Gesinnung. Sie zeigen immer wieder, daß die materiellen Fragen schließlich doch nicht über die tieferen Empfindungen triumphieren. Wenn wir demnach die Ansicht, als sei für Fragen, die nicht auf wirtschaftlichem Gebiete liegen, die Volksseele heute nicht mehr so erregbar, oben falsch nannten, so bestimmt uns dazu auch die mit elementarer Kraft zum Ausdruck gelangende Protestbewegung gegen den südafrikanischen Krieg. Denn um eine solche handelt es sich bei den Protesten gegen Chamberlain. Die drei Worte, die in einer agitatorischen Zweck dienenden Versammlung dieser auch als Minister Parteiführer gebildete Mann gesprochen, sind lediglich der äußere Anlaß gewesen zu dem jetzt im ganzen Deutschen Reiche ausbrechenden Entrüstungsumsturz. Wir bleiben dabei, sie vom politischen Standpunkte zum Mindesten als überflüssig anzusehen. Denn sie dienen nicht dazu, irgend einen politischen Zweck zu fördern. Ja, sie wären gefährlich, wären sie im Stande, die politische Konstellation wesentlich zu beeinflussen. So unangenehm wir jederzeit die vordringenden und lediglich persönlichen Geschmack entzündenden Huldigungen für England und seine führenden Personen empfinden haben, konnten wir doch niemals die Wichtigkeit des Gedankens bestritten, daß die welt- und handelspolitische Stellung des Reiches uns auf Verständigung mit England hinweist. Weder an Frankreich noch an Ausland besitzen wir Nachbarn, auf die auch nur einigermaßen Verlaß wäre. Gefährlich aber ist England nur für die Schwachen. Und gerade in Zeiten, die das britische Reichreich unter einem gewissen Druck zeigen, wäre eine antienglische Politik des Deutschen Reiches kurzichtig. Es wäre unflug, von den südafrikanischen Mißerfolgen Englands den Zusammenbruch seiner Weltstellung zu erwarten. Gewiß ist auf die Reden auch der leidenschaftlos sprechenden englischen Minister nicht Alles zu geben. Aber der Ton, in welchem in der Widenhall-Salishub und einige Tage später der Kriegsminister Brodrick von der Lage gesprochen haben, und zumal die Stimmung, mit der sie angehört worden sind, lassen noch keineswegs auf Verweigerung schließen. Salisbury war in seinem Optimismus gewiß nicht besonders glücklich. Auch er hat die Symptome des Unbehagens nicht zu unterdrücken vermocht. „Wenn irgend eine Rechtfertigung für eine schärfere Kritik der Kriegführung von Nutzen war, ist sie“, so schrieb die „Times“, „durch die von Lord Salisbury an den Tag gelegte Haltung ungewohnter Sorglosigkeit geliefert. Die Behauptung des Premierministers, daß die Regierung ihre Pflicht nicht vernachlässige, erschöpft die Frage nicht. Man hat zwei Wege, seine Schuldigkeit zu thun; es muß dem Lande zugute gehalten werden, wenn es fragt, ob nicht Schlafheit an Stelle von Kraft und Wachsamkeit im Spiele gewesen ist.“ Mit ein paar statistischen Zahlen und Hinweisen auf die ungelungenen Maßnahmen hat Brodrick den Bestimmtheit besser belämpft, als der Premierminister. Derselbe „Times“ hat jetzt wieder den Eindruck gewonnen, daß in Südafrika eine starke Hand, ein vernünftiges System waltet. Wir führen das an, damit die Ansicht, als gehe es mit England erdarmungslos zu Ende, sich nicht festsetze. Unter der Voraussetzung, daß mit ihnen nicht auf den Bruch mit der nun schon seit Jahren eingehaltenen Politik hingearbeitet werde, sind die Kundgebungen gegen Chamberlain daher als patriotische Veranstaltungen aufzunehmen. Ihnen Schwierigkeiten in den Weg zu legen, wäre natürlich verfehlt. Das geschieht aber bisher nur von Seiten der preussischen Oberleitung der Kriegereine. Nun, es ist seit Jahren kein Geheimnis, daß diese Instanz fast in allen Dingen, die sie ansieht, eine höchst unglückliche Hand zeigt.

Die Ordens-Frage

tritt mehr und mehr in den Vordergrund. Was die Frage nach der Stellung der Regierung betrifft, so gibt es neuerliche Auffassung der „Straßb. Post“ Anlaß zu ernstlichen Besürchtungen. Sie beginnt mit folgenden tatsächlichen Angaben:

Von allen Seiten wird die Meinung als richtig bezeichnet, daß die Regierung der Freiburger Kurie zwei Männerklöster zu gestanden hat, deren eines auf der Insel Reichenau, das andere in Waldmühl errichtet werden soll; ein drittes in Haslach im Kinzigthal liegt noch im Bereich der Möglichkeit. Man hätte es auf staatlicher Seite gern gesehen, wie es heißt, wenn der stille, gelehrte Benediktinerorden bei der Kurie den Vorzug erhalten hätte, allein nicht jener, sondern die Kapuziner seien bestimmt, die neuen Niederlassungen zu bevölkern, weil diese die richtigen Leute für die breiten Volksmassen seien und namentlich das Beichtbüchlein übernehmen sollten, so besonders an dem großen Wallfahrtsort Waldmühl, wo die Anstalts durch den weltlichen Klerus der benachbarten Orte nicht ausreichend sei.

Um die Regierung zu entlasten, wird dann gesagt:

Daß wir in Baden in einem Augenblick mit Klöstern beglückt werden sollen, wo man anderwärts, besonders in la belle France catholique, deren Ueberfluthen einen Damm entgegen zu setzen beflissen ist, kann nur mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen werden, und in Wirklichkeit äußern sich alle hervorragenden liberalen Mänter in entschieden ablehnendem Sinne. Dabei darf aber ein Punkt nicht außer Betracht gelassen werden: der Regierung steht ungewissheithaft das Recht zu, von sich aus klösterliche Niederlassungen zu bewilligen, ohne daß sie dazu eine Zustimmung oder Mitwirkung der Kammer bedürfte. Man hat daher seit Jahren, sobald diese Frage angeregt wurde, stets auf die Regierung verwiesen und damit letztere das ganze Odium der Sache aufgelegt. Jetzt stehen wir vor einer vollendeten Thatsache und man wird sich entweder einfach in diese schicken müssen oder aber einen Beschluß der Liberalen Partei zu veranlassen genötigt sein, der ungewissheit vor aller Welt Stellung erklärt. Letztere Alternative scheint sehr wenig Aussicht zu haben, denn sonst hätte man es doch nicht stillschweigend hinnehmen können, daß liberale Kandidaten in überwiegend katholischen Wahlbezirken, wie Dr. Ottenhöfer und Kriehle, sich auf's Entschiedenste für Zulassung von Klöstern aussprachen, oder daß andere Kandidaten, wie Dr. Goldschmidt in Karlsruhe, in ihren Reden die Sache auf die leichte Achsel nahmen. Alle anderen Parteien haben zur Klosterfrage feste Stellung genommen, nur bei den Nationalliberalen vermißt man diese, da gar keine bindende Norm vorhanden ist, ein Stand der Dinge, der durch vereinzelte Zeitungsartikel nicht geändert werden kann.

Hier werden die wiederholten energischen Kundgebungen der Nationalliberalen Fraktion gegen die Ordensanträge des Centrums vollständig außer Acht gelassen. Was bedeuten gelegentliche Aeußerungen aus Wahlenreden den Reden und Abstimmungen gegenüber, mit denen immer wieder gegen die Zulassung von Männerklöstern protestirt worden ist? Es macht einen recht kläglichen Eindruck, daß jetzt versucht wird, das Odium der ganzen Frage auf die Nationalliberalen abzumwälzen. Nach wie vor sollte die Erwägung entscheiden, ob dem inneren Frieden durch Zulassung von Männerklöstern gebietet wird. Die Regierung möge sich ihre Ansicht ohne Rücksicht auf die Parteien bilden. Sie kann eines festen Rückhaltes an der Nationalliberalen Partei verächtlich sein, wenn sie sie verneint und die Konsequenzen daraus zieht. Daran ändert auch die Gleichgültigkeit nichts, mit der einzelne liberale Organe diese Angelegenheit besprechen. So lesen wir im „Wannheimer Generalanzt.“:

Deute liegen die Dinge wesentlich anders. Der Kulturkampf ist zu Ende und kann auch durch die längsten Reden und Zeitungsartikel nicht mehr zu neuem Leben erweckt werden. Das Volk ist des konfessionellen Haders müde und wird für den „neuen Kulturkampf“, den einige Streikbühne als nötig (für sich) erklärten, nicht mobil gemacht werden können, nachdem die Mehrzahl der Streitpunkte beseitigt ist. Die großen Fragen der Zeit, die sich sowohl auf wirtschaftlichem Gebiete wie auch im Hinblick auf unsere Stellung unter den Völkern der Welt dem deutschen Volke enger und gebieterischer denn je aufdrängen, lassen keinen Raum für die Fortsetzung kleinlicher konfessioneller Streitigkeiten. Wenn unter diesen Umständen die Regierung den friedlichen und freisinnigen Agitatoren den letzten Vorwand zum Streit dadurch entziehen will, daß sie auf Grund der bestehenden Besetze einige Männerklöster zuläßt, so wäre dagegen wohl nicht viel einzuwenden. Selbstverständlich muß die Regierung die volle Verantwortung für die Maßnahme aufgebürdet bleiben.

Es mag sein, daß an einem Handelsplatz, wie Mannheim, die Stärke der wirtschaftlichen Interessen sich besonders aufdrängt. Daß aber die idealen Fragen darüber durchaus nicht vergehen zu werden brauchen, darauf haben wir im „Rückblick“ hingewiesen. Und an einem anderen Handelsemporium, in Zürich, hat man die volle richtige Auffassung für die Tragweite der ganzen Frage. In einem Leitartikel der „Neuen Zürcher Zeitung“ heißt es:

Ein Grundirrtum ist es, zu glauben, es gebe eine genügende Mischung in der liberalen Partei und es lasse sich durch einige Nachgiebigkeit ein sogenannter rechter Flügel dieser Partei zum Abfall verleiten.

Geschichtskalender.

- 17. November. 1587. Joost van Vondel, holl. Dichter, * Köln. — 1624. Jaf. Böhme, Theosoph, † Wörlitz. — 1632. Graf v. Pappenheim, kaiserlicher General, † Leipzig. — 1747. A. A. Lafage, franz. Romandichter, † Boulogne f. M. — 1776. Christoph Schloffer, Geschichtsschreiber, * Jever. — 1796. Katharina II. Kaiserin von Rußland, †. — 1840. Herm. Feiberg, Schriftsteller, * Schleswig. — 1898. Herm. Heint. Meier, verdienstvoller Bremer Kaufmann, Gründer des Norddeutschen Lloyd u. f. w., † Bremen. — 1900. Heint. Porges, Musikschreiter, † München.

Im Goldfieber.

Ein Roman aus dem Kapland
Von Erich Friesen.

14 (Nachdruck verboten.)
„Dieser verwünschte Botha! Schon wieder hat er uns eine Niederlage beigebracht!“ knirscht Lord Edmonds. „Noch mehr solche Nachrichten — und mit all meinen Spekulationen ist's Giftig.“ Forster, wendet er sich zu dem kleinen Direktor — „morgen werde ich den ganzen Tag in Ihrem Bureau zubringen. Aber es braucht mich Niemand zu sehen. Und wenn doch jemand von meiner Anwesenheit Wind bekommt, so sagen Sie, Sie suchten den berühmten Weltreisenden Lord Edmonds zu bestimmen, ins Direktorium einzutreten. Ich hätte aber noch keine feste Zusage gegeben. Lassen Sie auch ein Wortchen darüber fallen, daß ich bei der nächsten Zusammenkunft des Direktoriums eine Rede halten werde — eine Rede, welche auf den geradezu großartigen Stand der Diamantminen-Gesellschaft „Fortuna“ hinweist.“

„Eine famose Idee!“ fällt John Forster bewundernd ein. „Ja, eine famose Idee, die unserem Unternehmen urplötzlich eine andere Richtung giebt!“ bemerkte Lord Edmonds, sich bestrebt die Hände reibend.

„Wenn die Sache aber schief geht, Mylord?“
Ein böser Blick aus den grünlich schillernden Augen trifft den kleinen Direktor.

„Sie alte Unke — was fällt Ihnen denn wieder ein?“
„Ich fürchte manchmal, solch Blendwerk verfangt nicht mehr.“ Das Publikum wird nach und nach gewichtig.

„Was meinen Sie damit?“ Lord Edmonds' Blicke scheinen sich hineindrehen zu wollen in das krankhaft bleiche, ängstliche Gesicht des kleinen Mannes. „Was ich Ihnen vorhin schon sagte, es giebt Männer, die viel besser als Sie für die Stellung eines Direktors der Diamantminen-Gesellschaft „Fortuna“ passen als Sie, John Forster. Denken Sie an Ihre Frau und Ihre Kinder!“

„Ich denke stets an sie, Lord Edmonds.“
„Dann werden Sie auch thun, was ich ihnen befehle. Ich spreche vielleicht nächstens mal im vorübergehen bei Ihnen zu Hause vor. Weiß Ihre Frau etwas von meiner Stellung zur Gesellschaft „Fortuna“?“

„Nein, Lord Edmonds.“
„Sie hält Sie für den Leiter des Ganzen?“
„Ja. Sie wundern sich zwar oft über meinen steten Mangel an Geld —“

„Forster!“ unterbricht ihn Lord Edmonds hastig, indem er seinen Stuhl ganz nahe an den kleinen Direktor heranrückt. „Ich will Sie von allen Sorgen befreien, will Ihnen Geld zumommen lassen, so viel Sie brauchen; aber —“

„Aber?“ wiederholt der andere fast ängstlich.
„Sie müssen mir dafür eine kleine Gefälligkeit erweisen.“
John Forster schweigt. Er kennt die Art und Weise der

„kleinen Gefälligkeiten“, die Lord Edmonds bei jeder Gelegenheit von ihm verlangt.

„Nun?“ fragt Lord Edmonds ungeduldig.
„Ich denke manchmal, es wäre besser, ich —“
John Forster nickt.

„Was denn? Neben Sie doch aus!“
„Nichts, nichts Mylord! Es war nur ein dummer Gedanke von mir. Worin besteht also diesmal die „kleine Gefälligkeit“?“

„Davon ein ander Mal, lieber Forster, nicht heute! Uebrigens — Sie scheinen mir überarbeitet zu sein — ich möchte Ihnen eine Hilfe geben.“

Verwundert hebt John Forster den Kopf.

„Wie?“

„— einen jungen Rechtsanwalt, einen gecheuten Burtschen mit offenen Augen und klarem Blick, der Sie entlasten und dem Unternehmen gute Dienste leisten wird.“

John Forster schweigt noch immer. Er begreift nicht — er selbst hat kaum genug zu thun — weshalb noch eine Hilfe? ..

„Vielleicht tritt der junge Mann bereits in den nächsten Tagen hier ein“, fährt Lord Edmonds in geschäftsmäßigem Tone fort. „Es ist kaum nötig, daß ich Ihnen völliges Stillschweigen betreffs der Lage der Dinge ihm gegenüber gebiete.“

„Natürlich nicht, Mylord.“

„Wenn Sie Paul van Gälpen ein Wort davon ausplaudern —“

„Paul van Gälpen?“ Wie der Ausschrei einer zu Tode gemarterten Seele rinnt es sich aus der Brust des kleinen Mannes.

„Paul van Gälpen?“

„Ja, Paul van Gälpen. Was haben Sie, Forster?“

„D nichts nichts.“ (Forstgg. folgt.)

Der gemäßig, namentlich wer deutsch-national denkt und die Rechte des Staates und das Wohl der Gesamtheit im Auge hat, der gebt schon nicht mehr zur liberalen Partei, die vielmehr eine gleichgeformte Masse ist, welche der größte Schreier beherrscht. Und dieser Schreier ist im Großherzogtum Baden der Pfarrer Wacker, der vom Anfang seiner Wirksamkeit fortwährend die Ordensfreiheit verlangt hat, als absolut nötig für das Seelenheil der badischen Katholiken und für die Ruhe im Lande. Wohl beträgt die Zahl der Katholiken in Baden zwei Drittel der gesamten Bevölkerung, aber sie hat bis jetzt glücklich leben können auch ohne Ordensfreiheit. Vom Walle aus ist der Ruf nach ihnen nicht ergangen, nur von einigen Parteiführern aus, welche mit der Ordensfrage die Massen aufzuwiegen und die Regierung zu erschrecken hofften. Das Bestere scheinen sie nun erreicht zu haben, indem die Regierung ihnen entgegenkommen will. Allein das Ministerium wird sich schwer täuschen, wenn es glaubt, damit die Partei beschwichtigt und gewonnen zu haben. Der Pfarrer Wacker wird seinen Zeuten sagen können: Nur durch unsere ungestümen Forderungen, durch unsere unausgesetzte Agitation haben wir erreicht, daß uns ein erstes Zugeständnis zugesichert wird; wir müssen unsere Arbeit fortsetzen, damit auch die andern Punkte unseres Programms erfüllt werden. Werden die einen Orden gestiftet, so verlangt man nun auch nach die Vereinfachung der Steuern. Das ist zwar Sache des Reiches; allein die badische Regierung soll so lange bearbeitet werden, bis sie im Bundesrat zustimmt, daß dem Beschlusse des Reichstages bezüglich der Aufhebung des Reliquienverbotes willkürlich werde. Das Allerwichtigste aber ist die Schule. Diese wieder der Kirche zu überantworten, das ist das Hauptbestreben der Partei, die nicht eher ruhen wird, bis sie die Grundlagen des modernen Staates untergraben hat.

Für uns handelt es sich in dieser Frage um dieselben Dinge, wie seiner Zeit bei der Lex-Heine. Es gilt auch hier der unverkennbaren Neigung zu Konzeptionen an den Ultramontanismus entgegenzutreten. Wir sind keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß eine Protestbewegung gegen die Zulassung von Männerklöstern in Baden ebenso berechtigt, ebenso aussichtsreich wäre, wie im vorigen Jahre der Einspruch gegen die ultramontane Bildungsfeindlichkeit. Daß jetzt der „Freie Wote“ erklärt, die Meldung von der beabsichtigten Schenkung der Regierung beruhe auf tendenziöser Erfindung, ist eine tendenziöse Erfindung.

Nachschrift: In später Abendstunde erhalten wir privatim — nicht von einer zuständigen Stelle — die Meldung, die Regierung werde zur Zeit keine Niederlassung von Männerklöstern genehmigen. Hoffen wir, daß diese Meldung richtig ist.

Baden und Nachbarländer.

Heidelberg, 16. Nov. Der Rektor der deutschen akademischen Lehrer, der nun 54-jährige Professor Dr. Theodor Mommsen in Berlin, hat in den „Münchn. N. N.“ eine an einer anderen Stelle auszugswise mitgeteilte Erklärung gegen den Konfessionalismus in Universitätsunterricht abgegeben, die an den deutschen Hochschulen lebhaften Beifall gefunden hat. Von verschiedenen Universitäten werden Zustimmungserklärungen abgegeben werden. Wie das „Ztbl.“ erzählt, ist auch an der heiligen Hochschule eine solche Erklärung mit Namensunterschriften in Vorbereitung und wird in der aller nächsten Zeit veröffentlicht werden.

— Im Stadttheater ist „Mignon“ neu insbühnend in Szene gegangen und feierte Fräulein Koppenhöfer in der Titelrolle wahre Triumphe.

A. Dörsenheim a. d. Bergstr., 15. Nov. Heute früh 7 1/2 Uhr brach dahier, wie wir schon kurz berichteten, ein großer Brand aus, der in einem Zeitraum von kaum einer Stunde 15—16 Gebäude, Wohnhäuser, Scheuern und Stallgebäude gänzlich in Asche legte. Menschenleben sind zum Glück dabei nicht zu beklagen, auch konnte noch sämtliches Vieh gerettet werden. Dagegen ist eine Menge Stroh, Waldstreu, Holz und namentlich viel noch nicht abgehangener Tabak mitverbrannt. Ein Glück ist es zu nennen, daß der noch morgens zwischen 7 und 9 Uhr stark wehende Westwind nachgelassen hat, sonst wäre noch ein großer Teil des Dorfes mitgegangen, da die Gebäude sehr nahe miteinander zusammenhängen, ja vielfach zusammengebaut sind. Wie das Feuer entstanden ist, ist zur Stunde noch nicht aufgeklärt, jedoch soll es in einem Schoppe ausgebrochen sein, in dem sich Kinder zuvor aufhielten. Die meisten Beteiligten sind versichert. Wäre das Feuer in der Nacht entstanden, so wäre bei der sehr engen Bauart des hiesigen Dorfes namentlich Unglück über daselbe gekommen. Ein Gebäude aus der entgegengesetzten Seite der Straße, das ziemlich weit vom Brandherde entfernt, aber ganz mit Stroh und Heuvorräten gefüllt und oben ganz mit dünnem Tabak behängt war, hatte schon Feuer gefangen, konnte aber noch im Entfachen gelöscht werden. Die Feuerwehren von hier, Heidelberg, Danksbühlheim und Schriesheim beteiligten sich eifrig an den Löscharbeiten, sodas man gegen 1 Uhr des Feuers Herr werden konnte.

Badischer Landwirtschaftsrat.

8. Sitzung. 2. Karlsruhe, 16. Nov.
Präsident Klein eröffnete um 7 1/2 Uhr die Sitzung. Als Regierungsvorredner waren am Abend: Regierungsrat Straub und Regierungskommissar.
In der weiteren Erlebung der umfangreichen Tagesordnung kam der Landwirtschaftsrat zur Beratung der
8. Denkschrift des Ministeriums des Innern, den gewerbsmäßigen Handel mit Pferden und Rindvieh betreffend.

Das Ministerium hat den Entwurf einer Verordnung über den gewerbsmäßigen Handel mit Pferden und Rindvieh anfertigen lassen, der als hauptsächlichste Bestimmungen folgende Paragraphen enthält:

§ 1. Wer den Handel mit Pferden oder Rindvieh gewerbsmäßig betreibt, ist zur ordnungsgemäßen Führung eines Geschäftsbuches verpflichtet. Landwirte unterliegen dieser Verpflichtung nur, wenn sie Tiere der gewöhnlichen Art gewerbsmäßig zur unmittelbaren Wiederveräußerung erwerben und die so erworbenen Tiere wieder veräußern.
§ 2. Viehhändler, welche ihren Wohnsitz außerhalb des Großherzogtums haben, unterliegen bezüglich der innerhalb des Großherzogtums und nach demselben veräußerten Tiere (Pferde, Rindvieh) der Verordnung mit der Maßgabe, daß sie verpflichtet sind, das Geschäftsbuch über die Art und Verläufe des letzten halben Jahres während der Ausübung ihres Gewerbes im Großherzogtum bei sich zu haben.

Der Berichterstatter Verbandsinspektor Pichmann-Mehlich war der Ansicht, daß die Verordnung geeignet ist, zur Bekämpfung der wucherischen Ausbeutung und der Verbreitung der Seuchen. Doch hielt er die Bestimmung über die Art der Eintragung in das Geschäftsbuch als zu weit gehend und stellte den Antrag, daß diese Bestimmung dahin abgeändert wird, daß in das Geschäftsbuch Eintragungen über Art der Erwerbung, Kaufpreis oder sonstige Gegenleistung, Art der Wiederveräußerung und Veräußerungspreis oder sonstige Gegenleistung nicht stattfinden sollen.

Der Mitberichterstatter Herbst-Hochstetten hand in der Hauptsache auf dem Boden der Verordnung und stellte den Antrag, dieselbe mit einigen von ihm gemachten Änderungen anzunehmen.
Ministerialrat Straub begründete kurz die von der Regierung ausgearbeitete Verordnung und wies dabei darauf hin, daß nach den an das Ministerium gelangten Berichten der Bezirksämter die wucherische Ausbeutung beim Viehhandel fast völlig verschwunden ist.

Nach einer kurzen Debatte, an der sich Deonom Brandenburg, Gehalt Müller, Kommerzienrat Seip, Schloßinspektor Bürtemberger, Bürgermeister Schäfer und die Berichterstatter beteiligten, wurde der Antrag Heilmann angenommen.

Die übrigen Abschnitte der Verordnung riefen eine längere Diskussion hervor, in deren Verlauf Posthalter Fallers-Bonnndorf der Ansicht war, daß die Seuchenpolizei streng angewendet werden soll, aber in einer Weise, daß darunter die Landwirtschaft nicht zu leiden hat. Auch dürfen die Händler nicht zu sehr unter die Ähre gelassen werden.

Der § 6, bei dem es sich um die Ausbezahlung der auf die Erwerbung und Wiederveräußerung von Pferden und Rindvieh bezüglichen Urkunden, Geschäftsbücher und sonstige Schriftstücke handelte, wurde abgelehnt.

Den übrigen Paragraphen wurde nach den Vorschlägen des Mitberichterstatters Herbst zugestimmt.

Von Seiten des Deonomierat Frank und Posthalter Fallers war im Hinblick der zu Tage getretenen verschiedenen Auffassungen der Antrag eingebracht worden:

„Die Regierung wird ersucht, eine Revision des gesamten Entwurfs vornehmen zu lassen.“

Der Antrag wurde angenommen.
9. Antrag der Direktion des Bezirksvereins Eppingen: Die Erleichterung der Vorschriften über die Beschäftigung polnischer Arbeiter in der Landwirtschaft betreffend.

Berichterstatter war Stabhalter Zimmermann-Schwabenheim. Die Beschäftigungsdauer für ausländisch-polnische Arbeiter ist gegenwärtig auf die Zeit vom 1. März bis 20. Dezember beschränkt. Der Antrag des Bezirksvereins Eppingen wünscht die Aufhebung dieser Beschränkung in der Haushaltung, Wegfall der polnischen Arbeiter zur Verwendung in der Haushaltung, Wegfall der ärztlichen Untersuchung der polnischen Arbeiter auf Kosten des Arbeitgebers, Vereinfachung bezüglich der Ausweis-Papiere und Aufhebung der Entrichtung von Beiträgen zur Alters- und Invaliditätsversicherung, die der Landwirt bisher für seine polnischen Arbeiter bezahlen mußte. Der Berichterstatter schloß sich der Begründung, die dem Antrag Eppingen beigegeben, an und beantragte: Der Landwirtschaftsrat wolle beschließen, die Regierung sei zu ersuchen, die Vorschläge des Bezirksvereins Eppingen einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen und denselben, soweit thunlich, zu entsprechen.

Freiherr v. Göler bestricherte die Annahme des Antrags.
Ministerialrat Straub wies darauf hin, daß die ersten polnischen Arbeiter vor zehn Jahren nach Baden gekommen sind. Sie fanden zuerst in Waghausel Beschäftigung. Dann kamen polnische Arbeiter nach Schwegen, Wiesloch, Heidelberg, Sinshausen und später in den Seestrasse. Schlimme Erfahrungen mit den polnischen Arbeitern haben wir in Baden nur in sanitätspolizeilicher Beziehung gemacht, da viele dieser Arbeiter mit einer Augenkrankheit, die man bei uns nicht kennt, befallen sind. Preußen ist gegen die polnischen Arbeiter auf dem Wege der Gesetzgebung vorgegangen, um eine dauernde Niederlassung derselben zu verhindern. Die gesetzlichen Bestimmungen Preußens haben wir im Großen und Ganzen nachgeahmt, aber sie nicht mit der Strenge gehandhabt, wie dies in Preußen der Fall ist. Im Uebrigen sind die Bestimmungen über den Aufenthalt bereits erweitert. Die Beschäftigungsdauer kann nur bei uns vom 1. Februar bis 20. Dezember dauern. Die Regierung wird bereit sein, wo dies möglich ist, Nachsicht zu üben.

Darnach wurde der Antrag des Berichterstatters angenommen.
10. Vorschläge zur Befreiung der ländlichen Arbeiter.

Der Berichterstatter Posthalter Daller-Bonnndorf erinnerte daran, daß der Landwirtschaftsrat sich mit der Frage der ländlichen Arbeiter schon wiederholt beschäftigt hat. Dieser Gegenstand ist dabei so eingehend behandelt worden, daß man nichts Neues mehr zu sagen weiß. Benanntlich zieht die Industrie der Landwirtschaft die meisten Arbeitskräfte weg. Es gehen aber auch viele junge Leute zur See, wo sie, wie man hört, gute Bezahlung erhalten, ohne sich besonders anstrengen zu müssen. Günstige Maßnahmen zur Befreiung der ländlichen Arbeiter sind zur Zeit unthunlich, aber man sollte doch darauf hinwirken, daß die Leute, die jetzt vom Lande in die Städte kommen und keine Beschäftigung haben, wieder auf das Land zurückgewiesen werden. Was die Landwirtschaft braucht, um der Arbeiternot steuern zu können, ist eine bessere Rentabilität. Dann kann sie auch ihre Arbeiter besser bezahlen.

Während der Verhandlungen ist Minister Schenkel erschienen. Mitberichterstatter Bürgermeister Weis-Überbach schloß sich diesen Ausführungen an und stellte den Antrag: „Im Hinblick auf die früheren Beschlüsse des Landwirtschaftsrats geht derselbe über den vorliegenden Gegenstand zur Tagesordnung über.“

Freiherr v. Göler hat gegen den Antrag nichts einzuwenden und bemerkt, ein Mittel zur Bekämpfung der ländlichen Arbeiternot ist in der Beschränkung der Freizügigkeit der jungen Leute zu erblicken und zwar in der Weise, daß junge Leute unter 15 Jahren nicht auswandern dürfen ohne Erlaubnis ihrer Eltern und ohne den Nachweis, daß sie in der Stadt Arbeit haben.

Dem Antrag des Mitberichterstatters wurde zugestimmt.
11. Einführung von Hopfen- und Braugerste-Ausstellungen.

Der Berichterstatter Dreher-Wittlingen begründete folgenden Antrag:
Der Landwirtschaftsrat wolle die Ansicht der Großh. Regierung, die im Monat September d. J. zunächst sechsmonatige erste Veranstaltung einer dauernden, alljährlich wiederkehrenden Erntefest zu machen, unterstützen und gutheißen.“

Nach kurzen Bemerkungen des Mitberichterstatters Deonomierat Frank-Förzheim und nach einer kurzen Debatte wurde der Antrag angenommen.
12. Der Viehhandel nach Lebends- bzw. Schlachtgewicht.

Freiherr v. Göler als Berichterstatter wies darauf hin, daß die Großh. Regierung auf Grund der Beschlüsse des letzten Landwirtschaftsrats dieser Frage in einer Denkschrift näher getreten ist. Es ist nun beabsichtigt, nach vollständiger Sichtung des in dieser Sache gesammelten Materials einer aus Vertretern der Landwirtschaft, des Viehhandels und des Metzgergewerbes zusammengesetzten Kommission zur gutachtlichen Meinung über den Gegenstand vorzulegen. Der Landwirtschaftsrat soll zu diesem Zweck einige landwirtschaftliche Sachverständige bezeichnen. Der Berichterstatter stellte den Antrag, den Vorschlägen in der Denkschrift zuzustimmen.

Diesem Antrag wurde nach längerer Debatte entsprochen und danach als Mitglieder der vorgeschlagenen Kommission bestimmt: Deonom Brandenburg, Stabhalter Zimmermann, Bürgermeister Herbst, Deonomierat Frank und Verbandsinspektor Dörsenheim.

13. Grundbestimmungen für die Gewährung staatlicher Beihilfen zur Abhaltung von Gau-Ausstellungen.

Berichterstatter waren Bürgermeister Mayer-Griepen und Güterinspektor Eberle-Salen. Durch die Denkschrift über die Grundbestimmungen für die Gewährung von Beihilfen zur Abhaltung von Gauausstellungen hat die Großh. Regierung ihr Interesse für die landwirtschaftliche Bevölkerung in sorgfältiger Weise bekundet. Es ist die Zweckmäßigkeit einer einheitlichen Vorschrift über die Gauausstellungen nur anzuerkennen. Die Berichterstatter beantragten daher, den in der Denkschrift der Regierung niedergelegten Vorschlägen mit den von ihnen angelegten Änderungen zuzustimmen.

Der Antrag wurde genehmigt, ebenso der Antrag, die staatlichen Prämierungen möglichst mit den Gauausstellungen zu verbinden.

14. Zwangsweise Verbesserung der Schwarzwaldweiden.

Gutsbesitzer Wechsler-Müllheim berichtete hierüber. Er stellte den Antrag: „An die Großh. Regierung wird das Ersuchen gestellt, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die zwangsweise Verbesserung der Schwarzwaldweiden ermöglicht und in das Budget eine Summe aufzunehmen, welche zu Beihilfen verwendet werden soll.“

Dem Antrag wurde zugestimmt. Es folgte sodann der Bericht des Präsidenten Klein über die Erlebung der Beschlüsse der letzten Tagung, sowie über die Beschlüsse der letzten Plenar- und Ausschusssitzung des badischen Landwirtschaftsrats.

Hierauf wurde die diesjährige Tagung des Landwirtschaftsrats geschlossen.

Mittags-Telegramme.

W. Darmstadt, 16. Nov. (Privattelegramm.) Die amtliche „Darmst. Ztg.“ bringt soeben als erste Nachricht die Mitteilung, daß der Großherzog den Wunsch geäußert habe, die vielfach über die Großherzogin verbreiteten unfreundlichen Mitteilungen möchten in Zukunft unterbleiben.

W. Bonn, 16. Nov. In zwei stark besuchten Versammlungen nahen die Bonner Studentenschaft gestern Abend Stellung gegen die Chamberlain'schen Ausführungen. Es sprachen Landtags-Abgeordneter Dr. Hügenberg sowie die Professoren Bäumer, Engler, Gothein und Bell. Es wurden zwei Resolutionen angenommen, welche sich in scharfen Worten gegen die Verleumdungen Chamberlains aussprechen.

W. Berlin, 16. Nov. Die Blätter veröffentlichen eine Zuschrift des Vaters des in dem Duell gefallenen Offiziers Wlastowiz, James Wlastowiz. Der Vater betont darin, daß seine Auslassungen auf Mitteilungen beruhen, welche der Sohn dem Vater gemäß den Erklärungen des Ehrenrats gemacht hat. Es heißt in der Darstellung: Die Schimpfreden begannen erst, als die beiden Artillerie-

offiziere versuchten, ihn in die alte Wohnung zu bringen, oder vielmehr im dortigen für festzuhalten. Erst auf die Bemerkung des Oberleutnants Hildebrand: Sie wissen ja nicht einmal, wo Sie wohnen, Sie sind ja besessen wie ein Schwein, erfolgte ein Schlag ins Gesicht mit dem Fuß: Das ist für das Schwein. Als der andere Leutnant eine aufreizende Bemerkung machte, erhielt auch er einen oder zwei Schläge. Der Trunkene erkannte die betreffenden Herren nicht. So hat es vor dem Ehrenrat mein Sohn erfahren und mir berichtet. Dafür, daß er von der Schwere des Borgefallenen nicht die geringste Ahnung hatte, bürgt die Glückseligkeit, mit der er am nächsten Morgen früh zu mir in den Zug stieg. Wer so kindlich fröhlich sein kann, wie damals er, der sonst so gelassen war, hat nicht das Bewußtsein, etwas Unrechtes gethan zu haben. Wenn meinem Sohn an anderen Morgen eine leise Ahnung aufgefallen wäre, so hätte er wohl nicht im Entferntesten daran gedacht, daß die Offiziere sich noch nachts 4 Uhr niederlegten und einen Bericht schreiben würden und noch am Vormittag desselben Tages an das Regiment abgehen ließen, besonders da Hildebrand ein guter Bekannter meines Sohnes und auch von mir war.

W. Köln, 16. Nov. Die „Köln. Volksztg.“ meldet, daß der Oberpräsident der katholischen Seelsorgevereine Deutschlands, Domkapitular Schäffer, heute früh nach langer Krankheit gestorben.

W. Wien, 16. Nov. Die Blätter aller Parteien bezeichnen ohne Ausnahme die innerpolitische Situation als sehr ernst und bezweifeln, daß es der Regierung gelingen wird, das Parlament arbeitsfähig zu erhalten. Minister-Präsident v. Hofberg erstattete gestern dem Kaiser in einständiger Audienz Bericht über die Situation. Heute findet in dieser Angelegenheit ein Ministerialrat statt, in welchem, wie verlautet, auch über die eventuelle Änderung der Geschäfts-Ordnung des Abgeordnetenhauses beraten werden soll.

W. Wien, 16. Nov. Anlässlich des Festbühnens der katholischen Studentenverbindung „Austriaca“ kam es heute mittag an der Universität zu argen Kravallen. Die deutsch-nationalen Studenten wiesen die Liberalen aus der Aula. Polizei mußte einschreiten.

W. Paris, 16. Nov. Eine gestern Abend in Denain, Pas de Calais, stattgehabten Versammlung von 2000 Bergleuten sagte trotz eines zur Geduld mahnenden Telegramms der Delegierten des Bergarbeiterverbandes einstimmig den Beschluß, den Ausstand heute zu proklamieren. Nach Beendigung der Versammlung begaben sich mehrere Hundert mit Knütteln bewaffnete Bergarbeiter nach den verschiedenen Bergwerksrevieren, um für die Einstellung der Arbeit zu agitieren.

W. London, 16. Nov. „Daily Telegraph“ meldet aus Washington, die Freilassung der Missionarin Stone werde wahrscheinlich heute erfolgen. Ein Telegramm der „Daily Mail“ bestätigt diese Mitteilung und sagt hinzu, daß ein Uebereinkommen zwischen dem amerikanischen Konsul in Sofia und den Bulgaren unterzeichnet worden ist, worin den Räubern Strafflosigkeit zugesichert wurde.

W. London, 16. Nov. Der kürzlich in Lugnaide gefallene General Buller ist gestern zum Vorsitzenden des Heres-Reform-Ausschusses ernannt worden.

W. Algier, 16. Nov. Von dem Torpedoboot 174 sind 10 Matrosen der 20 Köpfe zählenden Mannschaft bei Nacht desertiert. Man bemerkt die Flucht der Leute erst in dem Augenblick, als der Torpedo abdrücken sollte. Die Nachforschungen nach den Desertateuren blieben bisher vergeblich.

Der südafrikanische Krieg.

W. London, 15. Nov. Das Kriegsamt veröffentlichte ein 400 Seiten starkes Blaubeuch, welches die amtlichen Berichte der Militärärzte und Offiziere über die Konzentrationen Lager enthält. Der Hauptzweck der Berichte ist, die hohe Sterblichkeitsziffer in den Lagern den schmutzigen Verhältnissen der Buren, ihrer Ignoranz, ihren Vorurteilen, ihrer Unachtsamkeit und ihrem Mißtrauen gegen die englischen Hospitalier und Ärzte zuzuschreiben. Für alle diese Dinge wird eine große Zahl von Fällen angeführt.

W. London, 16. Nov. König Eduard soll sich sehr abfällig über die Rede Chamberlains ausgesprochen haben.

W. London, 16. Nov. Lord Kitchener hat über die freiwillige Uebergabe der englischen Truppen in Südafrika einen Bericht eingesandt, der eine besonders große Beförderung einfließen soll. Die Buren bezeichnen die englischen Soldaten nur noch mit dem Namen: Hands op (Hände hoch).

W. London, 16. Nov. In verschiedenen Klubs wurde gestern berichtet, daß Lord Kitchener angesichts seines Gesundheitszustandes Südafrika verlassen werde, sobald General Hamilton, der kürzlich die Ausreise angetreten hat, in Südafrika eingetroffen ist.

W. Marseille, 16. Nov. Hier traf ein Seubote Louis Bothas ein. Derselbe ist ein Deutscher, Namens Meyer und Träger wichtiger Briefe an den Präsidenten Krüger. Er erklärte, die Lage der Buren sei besser als je. Sie seien 15 000 Mann stark, gut bewaffnet und kampfsfreudig, während die kampfsfähigen Engländer kaum 40 000 Mann stark seien. Kitchener geht äußerst gespannt vor und lasse rückichtslos alle verdächtigen Deutschen und Franzosen erschießen.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 16. November.
— Die Großherzogin begab sich, lt. „Karst. Ztg.“, heute Vormittag von Schloß Baden nach Karlsruhe, um der Einsegnung der Leiche der Aktivistin Frein v. Menzingen anzuwohnen. Ihre königliche Hoheit gedachte um 4 Uhr nachmittags wieder in Baden-Baden einzutreffen.

Lehr. Mitteilungen aus der Stadtratsitzung vom 15. November.
Herr Stadtrat Karl Hoffmann hat zur Schulstipendien-Stiftung seines verstorbenen Vaters, des Herrn Gemeinderat J. Hoffmann, eine weitere Zulassung im Betrage von 300 M. gemacht, deren Zinsen auch für die Schülerbörse der hiesigen Volksschulen sollen verwendet werden können. Der Stadtrat nimmt diese neuerliche Zulassung vorbehaltlich der Staatsgenehmigung unter herzlichem Danke an den freigebigen Stifter an. — Großh. Ministerium des Innern hat zu den Beschlüssen des Bürgerausschusses über die Errichtung eines Getreidelagerhauses am Rheinhausen, über die Erbauung und Einrichtung eines Geräte- und Werkzeugschuppens am Rheinhausen und über die Herstellung des Stephan-Platzes die Staatsgenehmigung erteilt. Der Stadtrat nimmt von der raschen Erlebung dieser Angelegenheiten, durch welche der alljährliche Beginn der Arbeiten ermöglicht wird, mit Dank Kenntnis. (Fortsetz. folgt.)

Lehr. In einer außerordentlichen Sitzung des Stadtrats wurde heute eine Revision des Beamtenstatuts durchberaten und vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses zum Abschluß gebracht. — Das Großh. Ministerium des Innern hat Bedenken getragen, das vom Bürgerausschuß beschlossene Ortsstatut über die Sonntagsruhe in Handelsgewerbe in der beschlossenen Weise zu genehmigen und verschiedene Abänderungsvorschläge gemacht. Das Statut wurde einer Revision unterzogen und soll nunmehr in abgeänderter Form dem Bürgerausschuß zur Zustimmung vorgelegt werden.

— **Arbeitslosigkeit und Neubauten.** Es ist schon lange Zeit verfloßen, seitdem unsere Regierung vom Landtag die Mittel bewilligt erhalten hat, zum Neubau von Gebäuden für die Oberrechnungskammer, den Verwaltungsgerichtshof und das General-Landesarchiv. Die dafür bestimmten früher bewährten Plätze an der Stabelfstraße sind auch längst abgeholt. Dagegen läßt der Beginn der Bauarbeiten noch immer auf sich warten. Es wäre doch in der jetzigen schwierigen Zeit im Zu-

